

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung am 15.08., fand eine erweiterte Fraktionssitzung der FWG-UBN Neu-Anspach statt.

Als Ergebnis finden Sie im folgenden unsere Stellungnahme zum Akteneinsichtsausschusses und zum Bürgerentscheid am 18.09., verbunden mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der, im Sinne der Transparenz des Verwaltungshandelns und der Klärung der Vorgänge im Verantwortungsbereich des Magistrats, vorgenommenen Einsicht in die Akten, ist unserer Meinung nach Genüge getan und bedarf keiner weiteren Maßnahmen.

Die FWG-UBN Fraktion spricht der Verwaltung, dem Magistrat und dem Bürgermeister ihr vollstes Vertrauen aus.

Sie sieht keinen Anlass, nicht weiter zu dem Grundsatzbeschluss zur Windkraft in Neu-Anspach vom 13. November 2012 zu stehen und mit dem Anbieter Juwi, den vorliegenden Gestattungsvertrag umzusetzen und 4 Windräder in Neu-Anspach zu errichten.

Wir stehen fest und selbstbewusst zu unseren in den vergangenen Jahren getroffenen Entscheidungen für erneuerbare Energien hier vor Ort, wie das Holzhackschnitzelheizkraftwerk im Gewerbegebiet, die Bürger-Solaranlagen auf der Deponie Brandholz und auf der Sendefunkstelle, die kostenlose Energieberatung "Power" und unser von vielen Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltetes Klimaschutzkonzept.

Wir Freien Wähler fordern, auch in Neu-Anspach, die Energiewende tatsächlich zu schaffen, um uns unabhängig zu machen von Risikotechnologien wie die der Atomkraft und der fossilen Braunkohle, indem wir hier bei uns vor der Tür, lokal, so schnell wie möglich, regenerativen Energiequellen Raum bieten.

"Nichts ist entschieden", steht sehr richtig auf den aktuell veröffentlichten Plakaten der Gegner der vier Windräder in Neu-Anspach.

In der Präambel des Koalitionsvertrages zwischen Hessischen Christdemokraten und Hessischen Grünen ist der beeindruckende Satz zu lesen: "Hessen ist so vielfältig, wie die Menschen, die hier leben. Sie alle sind aufgerufen, sich aktiv an der Zukunftsgestaltung unseres Landes zu beteiligen". Genau aufgrund dieser Auffassung von Vielfalt als Bereicherung und der Ermöglichung einer aktiven Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Zukunft unserer jungen Stadt, hält die FWG-UBN Fraktion es für wichtig, die Bürger zu befragen, ob sie den Gestattungsvertrag mit der Firma Juwi weiter fortführen wollen.

Mit freundlichen Grüßen,
Gudula Bohusch
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
FWG-UBN Neu-Anspach